

Kritik an geplanter Gasveredelungsanlage

FGBO spricht von einem „demokratischen Foul gegen den Rat“ / Vorteil für die Benas GmbH

VON UWE DAMMANN

Ottersberg. Die Fraktion der Freien Grünen Bürgerliste (FGBO) spricht von einem „demokratischen Foul gegen den Rat“, und die Bürgerinitiative Lebensqualität findet das Vorgehen schlicht „skandalös“. Was die Bürger und die Kommunalpolitiker so in Rage bringt ist die Genehmigung einer Gasveredelungsanlage auf dem Gelände der Biogasanlage Benas in der Ortsrandlage. Die SWB (Bremer Stadtwerke) plant hier eine Gasveredelungsanlage.

Das Gas der Firma Benas soll in der neuen Anlage einer „Wäsche“ unterzogen werden. Bei dem Vorhaben handelt sich nach Paragraph 35 Baugesetzbuch um ein Vorhaben der Gasversorgung im Außenbereich. Der Bauantrag wurde direkt beim Landkreis gestellt. Ab Mitte 2012 will die SWB-Service GmbH & Co KG, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Bremer Energiedienstleisters, der Benas GmbH die Hälfte ihres in Ottersberg erzeugten Rohbiogases zwecks Aufbereitung abnehmen. Der Vorteil für Benas: Das Unternehmen bekommt mehr Geld für das Biogas, als wenn „nur“ Strom daraus produziert wird.

Der Flecken war einverstanden

Der Flecken Ottersberg erteilte sein Einverständnis mit dem Projekt. Eine Genehmigung liegt bereits seit Februar vor. „Der Verwaltungsausschuss wurde zwar durch die Verwaltung über das Vorhaben kurz informiert, aber es fand keine weitere Information der Öffentlichkeit im Ortsrat oder Bauausschuss statt“, kritisiert nun Tim Weber, Fraktionssprecher der FGBO. Auch die Größe der Anlage, mögliche Immissionen und Veränderungen an der Inputmenge der Biogasanlage seien der Öffentlichkeit bisher vorenthalten worden, beklagt sich Weber. Die Freie Grüne Bürgerliste hält die Erhöhung dieser Inputmenge für sehr wahrscheinlich. Bisher konnte das Unternehmen Benas hier 80 000 Tonnen jährlich einfahren und erzeugte damit rund 3,2 Megawatt Strom. Im Ottersberger Rat gab es deshalb in den Fraktionen einen weitgehenden Konsens darüber, dass die Inputmenge nicht vergrößert werden solle, zumal es in der Vergangenheit zahlreiche Beschwerden von Einwohnern über Geruchsbelästigungen gegeben hatte. Einen direkten Einfluss, dass die angelieferte Menge tatsächlich nicht erhöht wird, hatte der Rat über den Bebauungsplan, der im



Die Benas-Biogasanlage bei Ottersberg sorgt wieder einmal für Diskussionen. Die SWB will hier in Kooperation mit dem Betreiber eine Gasveredelungsanlage einrichten. Bürger befürchten höhere Immissionen durch noch mehr Verkehr. FOTO: HANS-HENNING HASSELBERG

übrigen für das Gesamtgebiet der Biogasanlage wegen Zuwegungsfragen immer noch nicht genehmigt worden ist.

Doch diese Einflussnahme ist durch die Genehmigung der „Gasveredelungsanlage“ ausgehebelt worden, beklagen sich Initiative und Freie Grüne Bürgerliste. „Der Rat wurde hier ausgetrickst“, so Weber. In Zukunft könne Benas bis zu 3,2 Megawatt Strom und zusätzlich Erdgas erzeugen. Nur dafür müsse auch der „Rohstoff“ – unter anderem mehr Gülle und Mais – zur Gaserzeugung angeliefert werden. Die mögliche Folge: Noch mehr Verkehr und Geruchsbelästigung für die angrenzenden Wohngebiete. Ratsherr Tim Weber bringt das auf die Palme: „Das ist ein demokratisches Foul gegen den Rat und gegen die

Bürger“. Er kritisiert Bürgermeister Hofmann, der die Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert habe.

Das sieht allerdings der Ottersberger Bauamtsleiter Ralf Schack in Vertretung Hofmanns anders. Der Landkreis habe mit Beteiligung des Fleckens die Anlage genehmigt. Es gäbe keine öffentliche Informationspflicht in diesem Verfahren. Obendrein meint Schack, dass es unzweifelhaft ein Vorteil sei, dass aus dem Biogas wertbares Stadtgas produziert werde. „Das können wir nur begrüßen“, so Schack. Ob Benas die Inputmenge erhöhe, könne er allerdings nicht sagen. Fakt sei aber, dass Benas eine Genehmigung bis zu 175 000 Tonnen Input und diese Erlaubnis bis jetzt nicht genutzt habe. Im Übrigen sei der Ver-

waltungsausschuss bereits im Januar über das Vorhaben informiert worden – damals habe kein Kommunalpolitiker Einwände gegen das Projekt gehabt.

Auch die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass der Rat über den VA rechtzeitig von der Verwaltung informiert worden sei. „Das ist ein Verfahren zwischen Investor und Landkreis“, sagt SPD-Fraktionschef Stefan Bachmann. Mehr Verkehr und mehr Immissionen durch eine größere Inputmenge seien allerdings nicht von der Hand zu weisen, meint auch Bachmann, sieht aber im Verfahrensverlauf keine Mängel. Die SPD will die Sitzung eines Bauausschusses beantragen, in der SWB über den Stand der Entwicklungen die Öffentlichkeit informiert.